



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 0 686 890

P/XI/232 - 8. Oktober 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

Regierung ohne festes Fundament	S. 1
Paris und die Bonner Europapläne	S. 3
Der Bundesbürger und die Bundeswehr	S. 5
Achtzig Jahre "Vorwärts"	S. 6

Sturm im Wasserglas

sp. Für die innenpolitische Entwicklung in der Bundesrepublik bis zu den Bundestagswahlen bleibt es ohne besondere Bedeutung, ob die seit Monaten so viel beređete Kabinettsumbildung uns einige Minister weniger bescherten wird, als es bisher gegeben hat. Es bleibt im Grund auch ohne Belang, ob die FDP als Partei ohne Anhang nach ihrem Donnerschlag vom letzten Sonnabend schliesslich mit vier, drei oder zwei Ministern im auslaufenden Kabinett vertreten sein wird. Es wird auch keine besondere Wirkung davon ausgehen, wenn der Bundeskanzler den einen oder anderen schwacher Ressortminister gegen einen stärkeren austauschen sollte. Denn dieses Kabinett ist von Beginn an weniger eine Koalitionsregierung aus Parteien, als eine Koalition aus starken, schwachen und überflüssigen Ministern gewesen.

Was dieser Regierung im Laufe ihrer Amtszeit vor allem immer mehr abhanden kam, waren innere Geschlossenheit und Zielstrebigkeit. Dies wurde am Beginn des Jahres besonders deutlich durch den offenen Zerfall der Koalition und durch den Fehlschlag des Kanzlers, die abtrünnig gewordene Partei Dehlens wieder in den Schoß der Regierung zurückzuführen. Die Separations- und Aufweichungstendenzen griffen von da aus immer stärker auf die grösste Regierungspartei, die CDU/CSU, über, gefördert durch den Kanzler selbst, dessen viel berühmte taktische Meisterschaft hier versagte.

Diese innere Aufspaltung vollzog sich auf verschiedenen Ebenen,

einmal innerhalb der Union zwischen CDU und CSU bzw. ihren Exponenten in der Regierung (man denke z.B. an die Kontroversen Erhard contra Schäffer und Strauss contra Frank), dann aber auch innerhalb der CDU selbst. Hier kamen in Stuttgart die latenten Spannungen zum ersten Mal an die Oberfläche, als gegen den ausdrücklichen Willen des Kanzlers ein Präsidium von vier gleichberechtigten Vorsitzenden eingesetzt wurde.

Das alles war die unmittelbare Folge eines Spieles unvorstellbarer Treulosigkeit, das die überlegend mächtige Regierungspartei nach ihrem Sieg vom 6. September 1955 mit ihren kleinen Verbündeten getrieben hat. Wenn einer von ihnen auch nur bescheidene Ansätze von Selbstständigkeit zeigt, bekam er die volle Wucht der christlich-demokratischen Überlegenheit zu spüren. Deshalb hat es auch für diese Partner nie eine andere Alternative gegeben als die, zu Kriechen zu kriechen oder aus der Regierung auszuschneiden. FDP und BHE wählten diesen zweiten Weg, die FVP entschied sich für den ersten. Herr Prauscher hat das in Kassel ganz klar gemacht. Deshalb wirkt auch sein mit grossem Aplomb unternommener Versuch, den Eindruck einer gewissen Selbstständigkeit gegenüber der CDU/CSU zu erwecken, als Sturm im Wasserglas. Prauscher hat bei dieser Gelegenheit noch einmal den Kanzler ausdrücklich die uneingeschränkte Gefolgschaft seiner Gruppe zugesagt. Seine zusätzliche Versicherung, die FVP denke nicht daran, eines Tages in das Lager der Opposition überzuwechseln, war mehr als überflüssig. Das hat ohnehin niemand erwartet, der aufmerksam das Verhalten der vier Minister dieser Gruppe während des letzten Jahres beobachtet hat.

Das zweite Kabinett Adenauer konnte sich nach den Septemberwahlen 55 auf einen klar ausgesprochenen Wählerwillen berufen. Im letzten Jahr seiner Regierungstätigkeit kann es dies nicht mehr. Alles, was sich jetzt an Umbildungsvorgängen und an Spannungen innerhalb der Regierung und ihrer Parteien vollzieht, trägt den Stempel der Unwirklichkeit und der weitgehenden Beziehungslosigkeit zu dem Willen der Bevölkerung. So ist auch die Bemerkung Ollenhauers zu verstehen, wonach nur ein möglichst baldiger Rücktritt des ganzen Kabinetts die Bahn für einen neuen Abschnitt in der deutschen Nachkriegspolitik freimachen kann.

8. Oktober 1956

Die Bundesregierung stellt sich selbst ein Bein.-

l.o. Paris

Der vom sozialistischen Ministerpräsidenten Guy Mollet gleichzeitig mit Bundeskanzler Adenauer neu propagierte, an sich jedoch alte Plan, eine Konstruktion zu schaffen, die den anspruchsvollen Namen Vereinigte Staaten von Europa tragen könnte, hat den amerikanischen Segen erhalten. Dieser Segen allein jedoch kann nicht genügen. Vielmehr gehört ein gut Teil Überwindung dazu, um diese Vereinigung, die nun nicht mehr auf politischer, nicht mehr auf militärischer Basis erfolgen soll, sondern auf wirtschaftlicher, zu schaffen. Und es gehört ein bestimmtes politisches Klima dazu.

Ein Teil der französischen Presse hat in den letzten Wochen das Problem auf eine einfache Formel zu bringen gesucht. Sie lautet: Frankreich setzt sich für die europäische Atomgemeinschaft ein, Euratom genannt, Deutschland hingegen hat starke Bedenken; Deutschland setzt sich für den gemeinsamen europäischen Markt ein, Frankreich jedoch hat starke Bedenken. Diese Formulierung hat die Vorteile und Nachteile aller "Vereinfachungen". Sie zeigt die grundsätzlichen Hinstellungen. Aber weder sind alle Franzosen gegen den gemeinsamen Markt, noch sind alle Bundesbürger gegen die Euratom-Gemeinschaft. Hingegen scheint es fast, als wären beinahe alle Franzosen für die Schaffung einer dritten Institution die mit den beiden anderen einen gewissen Zusammenhang hat, nämlich die einer intereuropäischen Rüstungskontroll-Behörde.

Diese Einrichtung wurde 1954 vom damaligen französischen Ministerpräsidenten Mendès-France vorgeschlagen, um den französischen Wählern die Errichtung der Westeuropa-Union und die damit verbundene Aufstellung einer Bundeswehr schmackhafter zu machen. Sie stieß auf scharfen deutschen Widerspruch und verschwand in den Aktenordnungen der Ministerien. Jetzt, da der Bundeskanzler dafür eintritt, dass die Bundeswehr mit Atomwaffen ausgerüstet werde, scheint sie, zum Erstaunen der Franzosen, der Bonner Regierung nicht mehr unerträglich zu sein. Französischen Politikern wurde in Bonn erklärt, die Situation habe sich seit 1954 immerhin erheblich geändert: die Saarfrage ist gelöst, und wenn man ernsthaft an die Schaffung einer Gemeinschaft zur friedlichen Ausnutzung der Atomkraft denkt, sowie an den Abbau der Zollschranken, so sei es nur selbstverständlich, dass man auch ein gemeinsames Waffenamt schafft,

Demn diese Dreieheit soll ja die Grundlage für die Errichtung einer Dritten Macht zwischen den beiden Giganten - USA und Sowjetunion - bilden.

Der Wunsch, diese Dritte Macht zu bilden, ist in Frankreich seit langem lebendig. Vielleicht muss^{te} aber erst die Verschlimmerung der Lage in Nordafrika auch den "Patrioten" bewusst werden, um sie zu Anhängern des Planes werden zu lassen. Viele Politiker, auch der gemässigten Rechten, haben jetzt erkannt, dass es nicht mehr darum gehen kann, Afrika an Frankreich zu binden, sondern darum, es mit Europa und auf diesem Wege auch mit Frankreich zu verbünden. Man kann aber Afrika nicht nur durch die Gewährung politischer Freiheiten gewinnen. Vielmehr ist dazu auch eine sehr bedeutende Investition nötig, und es scheint in höchstem Maße fraglich, ob Frankreich wirtschaftliche und finanzielle Kraft ausreicht, um beiden Aufgaben gerecht zu werden.

Bei diesem Punkt der Überlegung gelangt man zum Problem des gemeinsamen europäischen Marktes: Ein grosser Teil der französischen Industriellen fürchtet die deutsche Konkurrenz, und es lässt sich nicht leugnen, dass auch zahlreiche Gewerkschaftler diese Sorge teilen. Dennoch gewinnt der Gedanke an einen gemeinsamen Markt langsam an Boden, denn es ist jedermann klar, dass erstens die französische Industrie keinesfalls in allen Sektoren schwächer ist als die deutsche oder gar die italienische, und dass zweitens dieser gemeinsame Markt nicht plötzlich, von heute auf morgen, geschaffen werden soll und kann. Die Übergangsperiode aber könnte zu industriellen Reformen zwingen, die bisher von verschiedenen Regierungen - am deutlichsten vom Kabinett Mendès-France - vorgelblich angestrebt wurden.

Wenn es zutrifft, dass der Gedanke an die Realisierung der Euratom-Behörde und sogar an die schrittweise Verwirklichung des gemeinsamen Marktes an Boden gewinnt, so trifft es leider ebenso zu, dass die Bundesregierung manches tut, um diese Entwicklung zu bremsen. Denn es ist selbstverständlich, dass zur Erreichung des Zieles ein günstiges politisches Klima Voraussetzung ist; kaum jedoch hatte die Bundesregierung mit Hilfe des Saarabkommens zur Schaffung dieses Klimas beigetragen, als sie den in Frankreich am "Bremsen" Interessierten eine unerwartete Hilfsstellung bot. Sie tat dies durch den Entschluss, Offiziere der Waffen-SS in die Bundeswehr aufzunehmen, einen Entschlusse, der mit wirtschaftlichen Überlegungen in keiner Weise zusammenhängt. Dennoch gab sie damit der - 5 -

deutschen Landser unter augenblinzeln der Vorgesetzten hackenknallend den Rahmen bestehender Vorschriften sprengen darf - soll das die Öffentlichkeit und zumal die Rekruten von morgen nicht interessieren? Und wenn die 2 400 Soldaten in Münsterlager meinen, die amerikanischen Gescherk-Panzer hätten eine vorzintflutliche Kanone und seien überhaupt schlechter als die elten T 34 der Russen - muss das ein "militärisches Geheimnis" bleiben?

Wenn es nach der nordwürttembergischen CDU ginge, dann müsste offenbar der Aufbau der Bundeswehr unter Ausschluss der Öffentlichkeit erfolgen, die nur für die Rekrutengestellung benötigt wird, ansonsten aber den Mund zu halten hat, was den ganzen Militärbetrieb angeht. Sie macht damit eine der gängigen Verbeugungen vor dem Verteidigungsminister, der sich mehr und mehr durch die Unterstützung seiner Parteifreunde in Geheimnistuerei und Pressefeindlichkeit tut. Die Zeiten des Hurra-Geschreis gerade in militärischen Dingen aber sind endgültig vorbei, und eine gesunde Kritik hat nichts mit dem abgeleiteten Begriff aus der nazistischen Motzenkiste, der "Wehrkraftzersetzung", zu tun. Wenn es eine Sache gibt, die den Bundesbürger im Innersten angeht, dann ist es der Aufbau der Bundeswehr: hier hat er sein entscheidendes Wort mitzureden, damit aus Unheil von gestern nicht fröhliche Urständ feiert. Ihn und der demokratischen Presse einen Maulkorb anzubinden, sind untaugliche Versuche, solange eine - auch mit den Stimmen der CDU - beschlossene Verfassung die Meinungsäußerung garantiert.

* * *

Kampfergen für Freiheit und Fortschritt

sp. Seinen 80. Geburtstag hat am letzten Sonntag der "Vorwärts" im kleinen, fast familiären Rahmen, aber festlich, begangen. Es geschah dort, wo heute Verlag und Redaktion mehr antieren als zu Hause sind, im kleinen linkerheinischen Bad Godesberg. Es ist völlig unvorstellbar, dass irgend jemand, und sei er mit der ausschweifendsten Phantasie begabt gewesen, dies hätte voraussagen können, als am 1. Oktober 1876 die erste Ausgabe in Leipzig herauskam, oder als nach der Unterbrechung durch die Zeit des Sozialistengesetzes Berlin zum Erscheinungsort wurde.

Berlin und Leipzig als Heimatstädte des "Vorwärts", das versteht jeder. Bad Godesberg in der gleichen Rolle, das ist einer der widersinnigsten Tatbestände, wie sie Krieg und Nachkriegszeit so

zahlreich geschaffen haben. Ein Chronist des festlichen Tages schrieb, der "Vorwärts" könne im alten Glanz nicht wieder erstehen, so lange Berlin nicht wieder Deutschlands Hauptstadt geworden ist und ohne Verankerung in grossstädtischen Verhältnissen würde einem grossen politischen Richtungsblatt die Existenzgrundlage fehlen. Der bei der Feierlichkeit anwesende langjährige Chefredakteur des alten "Vorwärts", der über achtzigjährige Friedrich Stampfer, sagte dasselbe kürzer so: "So lange der "Vorwärts" nicht in Berlin ist, wird er ein Emigrant sein."

Die Zeitung dieses Namens hat die deutsche Sozialdemokratie, wenn man von der ersten Dreizehn Jahre der Partei absieht, unentwegt begleitet durch die Zeit des frühen Klassenkampfes mit seinen schweren internen Auseinandersetzungen; durch die Jahre der Verfolgung unter der Sozialistengesetz und später unter der Hitler-Diktatur, in denen das Blatt vom Auslande her seinen Kampf fortsetzte; in der Zeit der Weimarer Republik, als zum ersten Mal Regierungen unter sozialdemokratischer Führung oder Beteiligung gebildet wurden. Schließlich nach dem Zweiten Weltkrieg unter den ungünstigsten Bedingungen, weil aller früherer Besitz vernichtet und die meisten Menschen eines gewaltsamen Todes gestorben oder verschollen waren, auf der Erfahrung oder Idealismus man hätte zurückgreifen können. Einmal Tageszeitung für das ganze Reich mit einer Morgen- und einer Abendausgabe; dann wieder weithin unbekanntes Emigrationsblättchen, im Notverfahren hergestellt und ohne regulären Vertrieb; schliesslich eine Wochenzeitung in einem Ruhrdeutschland.

Schritt für Schritte auf diesem gesinnbaren Wege gewannen damals die Verachteten an Leben, nicht zuletzt eben durch das Mittel einer Presse, die von avantgardistischen Kämpfernaturen geleitet und inspiriert wurde. Damals in der Zeit des ersten erstaunlichen Aufstiegs der deutschen Sozialdemokratie gab es neben dem "Vorwärts", dem Zentralorgan viele angesehen sozialdemokratische Tageszeitungen im Reich. 1877 beschäftigte die Partei 44 fest angestellte Redakteure an ihren Zeitungen, 1914 waren es 241, 1929 stieg die Zahl auf 450. Der "Vorwärts" konnte vor 50 Jahren, Anfang Januar 1906, eine Bezirkerszahl von 100 000 verzeichnen, 1891 war sie noch 26 000 gewesen.

Dr. Adolf Braun, Kurt Eisner, Wilhelm Liebknecht, Bruno Schönlank, Franz Mehring, Ignaz Auer, Georg Grafmayer waren Namen von hohem journalistischem Klang. Heute lebt als einer, der zu ihnen gehört hat, und

der selbst eine grosse, aber auch besonders bittere Epoche des Lebens dieser Zeitung verkörpert, noch unter uns: Friedrich Stampfer. Es hat eine ganze Reihe von Krisen auch beim "Vorwärts" gegeben, und Friedrich Stampfer erzählt davon in der grossen Jubiläumsausgabe, die der Verlag dieser Tage herausgegeben hat. Aber sie haben die Zeitung wohl vorübergehend schwächen, doch nie unbringen können, was ja selbst dem Einwirken äusserer Gewalt in den Zeiten des Sozialistengesetzes und der Hitler-Diktatur nicht gelang. Eine oft zu Unrecht vergessene Wegmarkierung ist dabei die Zeit des Übergangs vom Jahre 1918 bis 1919 gewesen, als in der deutschen Arbeiterbewegung die Entscheidung zwischen dem Kommunismus und dem demokratischen, freiheitlichen Sozialismus fiel. Das Haus des "Vorwärts" in der Lindenstrasse in Berlin musste im wahrsten Sinne des Wortes mit Wälfen verteidigt und zurückerobert werden gegen den Bolschewismus der damaligen Zeit. Damit war die grundsätzliche Entscheidung über den Standort der deutschen Arbeiterbewegung gefallen, an dem sich auch in Zukunft nichts ändern wird, wie Ollenbauer auf der Feierstunde in Godesberg feststellte.

Als man nach dem letzten Kriege wieder an die Arbeit ging, waren alle früheren materiellen Grundlagen zerstört, aber auch die psychologische Situation hatte sich grundlegend gewandelt. In den meisten Fällen in denen sozialdemokratische Zeitungen neu entstanden, wurde das "Bekanntnisblatt", die reine Feuilletonzeitung früheren Typs, mehr und mehr von der "parteilichen" Zeitung verdrängt. Der "Vorwärts", heute eine Wochenzeitung, hat diese Entwicklung nicht mitgehen wollen und nicht mitgehen können. Die Zeitung hat es infolgedessen doppelt schwer gehabt und damit vor allem ihr erster Verlagsleiter nach dem zweiten Weltkrieg, Ernst Schumacher, der am 7. Oktober seinen 60. Geburtstag beging, und der vor einigen Jahren wegen einer schweren Erkrankung dieses Amt in die Hände eines Jüngeren legen musste. Der "Vorwärts" hat sich aber trotz aller zeitbedingten Schwierigkeiten einen neuen festen Abonnentenstamm und Freundeskreis geschaffen. In der Redaktion selbst weiss man und spricht es offen aus, dass der heutige "Vorwärts" eine sehr gelungene, ein bescheidener Ersatz seines Vorgängers. Ein Blatt seiner Tradition, seiner besonderen Art und Aufgabenstellung wird eben erst dann wieder voll das sein, was es war, wenn die Deutschen in einem Hause wohnen, und Berlin die Hauptstadt dieses Deutschlands ist. Dass dies wenigstens am 85. Geburtstag des "Vorwärts" so sein möge, war der Wunsch, der mehr als einmal in der Gedenkstunde am vergangenen Sonnabend ausgesprochen wurde.